

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 2

Artikel: Idealisten wirtschaften nicht ideal
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092940>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Idealisten wirtschaften nicht ideal

Nach drei Jahrzehnten kam ich erstmals wieder in meine alte Heimat, erfüllt von den gewaltigen Veränderungen, die aus dem sozialistischen Land, das ich gekannt hatte, ein pluralistisches Land gemacht hatten. Und was gewährte ich an der Stätte meiner Jugend? Ein ganz bestimmt geformtes Loch an einer ganz bestimmten Stelle auf dem Trottoir: Es war tatsächlich das gleiche Loch von damals.

Aber auch sonst und überhaupt war ich von meinem ersten Eindruck selber überrascht: Mir kam es vor, als hätte ich Polen erst gestern verlassen und sei von einem kleinen Abstecher zurückgekommen. Das mag an mir liegen, zum Teil. Indessen liegt es auch am verhafteten Lebensrhythmus des Ostens. Dort werden die Dinge nicht immer wieder im rasanten Tempo auf den Kopf gestellt wie im Westen, und die Welt bleibt vertraut, neue politische Ordnung hin oder her.

Vertraut und verschlissen

Natürlich ist das Bild seit meiner Abreise im Januar 1960 auch anders geworden. Man hat verhältnismässig viel gebaut, und neue Strassen sind entstanden. Was aber die Veränderungen in materiellen Belangen angeht, so spielen sie sich langsamer ab als früher und bestehen zum Teil aus blossen Verschleisserscheinungen. Die Strassen sind schlecht

beleuchtet, und das Telefon funktioniert insgesamt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, aber im Detail nach den Gesetzen des Zufalls. Die Spuren der Zeit weisen vor allem darauf hin, dass das Land heruntergewirtschaftet ist.

Die neue Freiheit . . .

Besser indessen ist die Stimmung; die politische Atmosphäre hebt die tristen Verhältnisse doch, wiewohl die Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, soweit sie vorhanden waren, enttäuscht worden sind. Geblieben sind neue Freiheiten, und sie zählen durchaus. «Erst kommt das Fressen und dann die Moral», meint man zu wissen. Aber ohne politische Moral kotzt einen der Frass an. Der Mensch wird schlecht verstanden, wenn man ihn nur als Abfolge seiner Bedürfnisse definiert. Er ist eine Gesamtheit, und Freiheit braucht er nicht erst dann, wenn er sich den Bauch vollgeschlagen hat.

Aus Radio und Fernsehen tönt es anders als früher, und das wird gerne einverleibt. Die Entlarvung der imperialistischen Machenschaften hatte man satt, und den Aufbau des Sozialismus hatte schon das frühere Regime nicht mehr zu rühmen gewagt. Jetzt hört man nicht nur die alternativen Stimmen der

Solidarnosc-Politiker, sondern auch die vielen schlichten Dinge, die sonst noch Freude machen: nach den Weihnachtsliedern die erregende Debatte darüber, wer die nächste Miss Polonia werden soll, nachdem die amtierende Königin wahrhaftig Miss World geworden ist. Auch das gehört zur Lebensqualität, wenn es zuvor als sozialismuswidrig geächtet war.

Objektiv wichtiger ist natürlich der Abbau der sozialistischen Errungenschaften dort, wo sie diktatorisch gravierend waren. Eine Besuchsfolge in ein paar Ministerien und Ämter war für mich beweiskräftig. Ich kriegte den Passierschein auf Anfrage und durfte mich in den ehemals verbotenen Zonen ohne Begleitung bewegen; die bewaffneten Wachposten von früher sind verschwunden. Im Büro der Staatlichen Planungskommission hatte mir seinerzeit ein Beamter erklärt, dass auch Dinge wie die Verbrauchsquote an Toilettenpapier vertraulich zu behandeln seien. Heute spricht man dort mit dem Besucher offen über Preise und Löhne, kein Thema, das der Regierung etwa Anlass zum Prahlen geben würde.

Die Angehörigen der Regierung gehen durch die Strassen als Bürger unter Bürgern, ohne Eskorte. Da lebt man gemütlicher, auch wenn man darbt. Die sozialistischen Traditionen werden graduell abgeschafft oder sterben von alleine aus. Der politische Druck ist etwas, was aus dem Alltagsleben verschwunden ist.

In Würdigung dieses gesamthaft neuen Stils bringt die polnische Bevölkerung auch dem gegenwärtigen Regierungschef und seinem Team viel Vertrauen entgegen, ein Vertrauen, das in wirtschaftlichen Belangen, gelinde gesagt, bisher noch nicht verdient worden ist. Indessen wissen die meisten Polen über die diesbezügliche Schwäche schon Bescheid und verhalten sich grossmütig. Die neuen Minister sind nun einmal keine Wirtschaftsfachleute, sondern Journalisten und Intellektuelle; so hält man ihnen ihre nationalökonomische Unschuld zugute. Man hat sich gerade die Abwechslung ihres ehrlichen Impetus gewünscht, nachdem man von den machtkundigen Verwaltungspragmatikern lange genug betrogen worden ist. Da nimmt man praktische Mängel grossmütig in Kauf, und immer wieder hört man sagen: «Woher sollten sie (die Neuen) denn auch die Erfahrung hernehmen?» Kurz, ein



«Szpilki», Warschau,
Nr. 41/1989

grosser Teil der Bevölkerung identifiziert sich mit der gegenwärtigen Regierung und gibt ihr politischen Kredit ohne wirtschaftliche Vorbehalte.

... und der neue Frust

Das schafft in Polen eine relativ stabile politische Lage. Im Gegensatz dazu steht allerdings nicht nur die übernommene Wirtschaftsmisere, sondern auch die Konzeptionslosigkeit der Regierung in Fragen der Wirtschaftsreformen.

Die materielle Krise des Landes ist eine klassische Angebotskrise. Der Warenmangel ist permanent; es fehlt an allem und jedem. An Nahrungsmitteln so gut wie an Kleidern oder Seife. Und an den einfachsten Agrargeräten wie an Schaufeln, Heugabeln oder Sensen.

Das ist eine Folge der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich jahrzehntelang auf den Bau von Schwerindustrie und Prestigeobjekten konzentriert hat. Die Verarbeitungsindustrie wurde vernachlässigt. Kleine und mittlere Privatbetriebe waren zwar theoretisch zugelassen, aber weil sie eigentlich dem klassenfeindlichen Sektor angehörten, diskriminierte man sie mit steuerlichen und bürokratischen Mitteln so, dass sie keine Chance hatten. Handel und Konsumgüterindustrie wurden entweder monopolisiert oder dann liquidiert.

Unter diesen Umständen müsste eine echte Wirtschaftsreform eine Wende in eben diesen Belangen anstreben, und da liegen auch die Aussichten auf Erfolg.

Die Angebotskrise bedeutet tatsächlich eine Chance, über die Steigerung von Produktion und Warenangebot ein Marktgleichgewicht herbeizuführen. Der Ansatzpunkt ist vorgegeben. Woran es auf dem Markt hauptsächlich fehlt, sind einladenderweise gerade die sogenannten low costs technology products, das heisst einfache Konsumgüter, zu deren Produktion man keinen hohen Aufwand an Technologie und Kapital benötigt.

Zur Behebung einer solchen Notlage geradezu berufen sind hier mittelständische Betriebe. Und sie lassen sich durchaus in Fahrt bringen durch geeignete Schutz- und Förderungsmassnahmen, vor allem durch steuerliche und kreditpolitische Erleichterungen. Eine Gesetzgebung, die zielbewusst auf die Schaffung eines Mittelstandes ausgerichtet ist, wird schon in kurzer Zeit das Konsumgüterangebot zu einem wichtigen Teil verbessern können.

Der Wirtschaftskreislauf wird durch die Monopolisierung von Handel und Verarbeitung gebremst bis gelähmt. Die Dörfer sind verödet, weil ihnen Handwerksbetriebe, Läden und Gaststätten fehlen.

Der auf Kosten von Menschen und Umwelt aufgebauten Industrie fehlte der lebendige

Bezug zur Nachfrage, und sie konnte sich nicht bedarfsgerecht regenerieren. Ihre Ausrüstung ist veraltet, und ihr Ausstoss vergiftet Boden, Luft und Wasser in existenzgefährlichem Ausmass. In bezug auf diesen Moloch ist freilich eine billige Kur nicht zu haben. Eine Neuorientierung der Produktion stellt viele technologische Probleme, und auch das Management muss neu durchdacht werden.

So oder anders bleibt es dabei, dass der Warenhunger des polnischen Marktes den Reformern ihre Chance geradezu aufdrängt. Um sie zu ergreifen, müssen sie allerdings mit der bisherigen Wirtschaftspolitik brechen.

Leider geht die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Mazowiecki in eine andere Richtung.

Um das Gleichgewicht von Markt und Staatshaushalt herzustellen, sucht man rabiat die Kaufkraft der Bevölkerung abzuschöpfen.

– Man hat die Preise in ihrer Mehrheit so gut wie freigegeben, ohne dass man die monopolistischen Handels- und Produktionsstrukturen beseitigt hätte. Das hat astronomische Preissteigerungen zur Folge, und weil man gleichzeitig die Löhne bremst, verarmt die Bevölkerung weiterhin ganz direkt. Hier geht eine Entwicklung weiter, die schon das alte Regime zu vermeintlichen Sanierungszwecken eingeleitet hatte – in die falsche Richtung.

– Die Energiepreise (Kohle, Treibstoff, Strom: alles) sind auf ein Vielfaches emporgeschwollen. Das wiederum bedeutet für selbständige Unternehmen eine solche Explosion ihrer Produktionskosten, dass sie pleite gehen.

– Man dreht weiter an der Steuerschraube. 85 % der Einnahmen sollten aus der Industrie fliessen. Aber was bankrott geht, kann logischerweise auch nichts mehr zahlen, und mit den Berechnungen könnte man gleich wieder anfangen. Man darf der Kuh das Futter nicht entziehen, wenn man sie melken will.

– Die Kreditpolitik ist für die Wirtschaft einfach tödlich. Zwecks Inflationsanpassung kommt man auf Monatszinsen. Für den Januar belaufen sie sich auf 35 bis 40 %; wer kann das aus den Einnahmen der vorherigen Inflationsstufe bezahlen?

Alle diese Massnahmen sind weit eher zur Lähmung als zur Ankurbelung der Produktion geeignet. Zu erwarten sind damit eine weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise und die Auszehrung eben jener breiten Bevölkerungsschichten, die jetzt schon unter dem Existenzminimum leben.

Die Fachverantwortung für diese weder soziale noch konsequent zu Ende gedachte

Politik tragen Leute, die nur sozialistisches Wirtschaften gelernt haben, und dieses nunmehr verbessern möchten, ohne es aufzugeben. Dazu gehören der Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Leszek Balcerowicz sowie Waldemar Kuczynski, der Hauptberater des Ministerpräsidenten in Wirtschaftsfragen. Diese beiden ehemaligen Parteimitglieder erstreben die sogenannte sozialistische Marktwirtschaft und kombinieren dabei Elemente, die einander ausschliessen.

Dem IWF zuliebe?

Die Regierung, die keine eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen hat, ist der Meinung, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds zu erfüllen, das tatsächlich seine Kredite an das Vorzeigen eines Budgetgleichgewichts innerhalb von Jahresfrist binden will. Die westlichen Experten hoffen, dadurch die Einführung von Marktmechanismen zu stimulieren. Aber mit dem blossen Loslassen der Preise wird der freie Markt nicht stimuliert, sondern nur simuliert.

Wie segensreich sind sie überhaupt, die Westkredite? Kredite stellen keine Geschenke dar. Sie sind mit Zinsen zurückzuzahlen, und wenn das Geld in der Zwischenszeit nicht effizient arbeitet, verschlimmern sie die Lage nur. Diese Erfahrung hatte in den siebziger Jahren schon Edward Giersek gemacht. Er wollte mit Hilfe von Auslandskrediten ein Wirtschaftswunder herbeiführen, aber die sozialistisch blockierte Wirtschaft vermochte die Chance nicht auszunutzen, und das Ergebnis war ein Schuldenberg, der heute noch auf Polen lastet. Will die jetzige Regierung Polens partout diesen Spuren folgen?

Zum Glück hat Polen heute eine Regierung, welche die Gedanken freigibt. Aber die Preise sollte man nur dann freigeben, wenn man auch das Gewerbe freigibt. ■



«Da ist etwas faul. Das Ding kostet ja gleich viel wie letzte Woche.» («Express Wieczorny», Warschau, 10. 1. 1990)